

## EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD  
 JOSCHA RITZ  
 OLAF WIENTZEK

# Wichtige Etappe in Richtung Stabilitätsunion

EUROPÄISCHE RÄTE UND EUROGIPFEL VOM 23. UND 26. OKTOBER 2011

27. Oktober 2011

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Die Staats- und Regierungschefs hielten der hohen internationalen Erwartungshaltung stand und legten nach einem Verhandlungsmarathon in den Morgenstunden des 27. Oktobers eine Gesamtlösung für die Eurozone vor. Damit wurde nach zwei Gipfeltreffen am 23. und 26. Oktober eine weitere wichtige Etappe in Richtung Stabilitätsunion gemeistert.

Strittig war insbesondere der Umfang der Beteiligung privater Gläubiger an der Finanzierung des zweiten Anpassungsprogramms für Griechenland. Die Staats- und Regierungschefs setzten für den Privatsektor einen Schuldenschnitt von 50% und damit eine umfassende Entlastung für Griechenland durch. Der daraus resultierenden Bedrohung für bedrängte Eurostaaten und die Stabilität des Bankensektors wurde mit einer Stärkung des aktuellen Rettungsschirms, der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) und einem europäischen Rahmen zur Rekapitalisierung des Bankensektors begegnet. Ferner wurde der Druck auf bedrängte Eurostaaten aufrecht erhalten, Spar- und Reformprogramme umzusetzen, und Wege zur Stärkung des Wachstums erörtert.

Über die unmittelbare Krisenbewältigung hinaus beschlossen die Staats- und Regierungschefs die Weiterentwicklung der Eurozonengovernance und leiteten die Diskussion über eine mögliche Vertragsänderung zur Stärkung wirtschaftlicher Konvergenz und Haushaltsdisziplin ein.

Zudem wurden die Verhandlungen auf dem G20-Gipfel in Cannes und der UN-Klimakonferenz in Durban vorbereitet.

Bereits am sonntäglichen Gipfel hatten die Europäischen Staats- und Regierungschefs die Marschroute gegenüber der Europäischen Nachbarschaft sowie zu Syrien und zum Iran bekräftigt.

## 1. Gesamtlösung für die Eurozone

Innerhalb von nur vier Tagen trafen die Staats- und Regierungschefs gleich zweimal zu Tagungen im Kreis der 27 EU-Mitgliedstaaten und der 17 Eurostaaten zusammen. Ausschlaggebend: Der Bericht der sog. Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds zur Solvenz Griechenlands lag erst am 21. Oktober, und nicht wie angekündigt bereits am 19. Oktober, vor. Erst auf Grundlage dieses Berichts war eine seriöse Diskussion insbesondere zum Schuldenschnitt möglich. Erschwerend kam hinzu, dass ein offizielles Mandat zu Verhandlungen mit dem Internationalen Bankenverband (IIF) über einen Schuldenschnitt erst am Sonntagabend finalisiert wurde. Die Verzögerung ist derweil nicht – wie zahlreiche Medien suggerierten – auf grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich zurückzuführen. Tatsächlich stellte sich Staatspräsident Sarkozy frühzeitig hinter die Positionen von Bundeskanzlerin Merkel.

Eine adäquate Antwort auf die Staatsschuldenkrise erforderte eine Gesamtlösung. Die Staats- und Regierungschefs standen vor der Herausforderung, die Schuldenlast für Griechenland durch verstärkte Privatgläubigerbeteiligung zu reduzieren, ohne dabei das europäische Bankensystem zu destabilisieren oder eine Ausweitung der Eurozonenkrise herbeizuführen. Der Präsident des Europäischen Rats, Van Rompuy, hatte im

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
JOSCHA RITZ  
OLAF WIENZKE

**27. Oktober 2011**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Vorfeld der Gipfeltreffen auf eine solche Gesamtlösung gedrängt.

Eine grundsätzliche Antwort auf die Verschuldung **Griechenlands** musste her. Im Fokus stand eine verstärkte Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung des zweiten Anpassungsprogramms für Griechenland. Auf dem Eurogipfel vom 21. Juli hatten die Staats- und Regierungschefs vereinbart, das zweite Griechenland-Paket durch 109 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln und einem Forderungsverzicht privater Gläubiger in Höhe von 21% zu finanzieren. Seither hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Situation Griechenlands jedoch weiter verschlechtert. Die Eurostaaten waren sich grundsätzlich einig, dass das entstandene Finanzloch primär durch eine verstärkte Beteiligung des Privatsektors gestopft werden soll. Während sich die Bundesregierung für eine umfassende Beteiligung des Privatsektors einsetzte, betonten insbesondere Frankreich und die EZB, diese müsse freiwillig erfolgen, um einen Kreditausfall Griechenlands mit unabsehbaren Folgen für die Stabilität des europäischen Bankensektors zu verhindern. Die Staats- und Regierungschefs vereinbarten nun mit den Vertretern des Privatsektors einen Schuldenschnitt von 50%. Dabei wird der Nennwert, d.h. der ursprüngliche Wert der Staatsanleihe, zugrunde gelegt: Damit wurde ein umfassender Schuldenschnitt beschlossen. Ziel ist die Senkung der Gesamtverschuldung Griechenlands bis 2020 von aktuell ca. 170% auf 120% des BIP. Voraussetzung: Die nun realistischeren Annahmen des IWF zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands müssen sich bestätigen. Die EFSF wird 30 Milliarden Euro zur Absicherung zur Verfügung stellen. Weitere 100 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln werden über die EFSF für Griechenland bereitgestellt. Gleichzeitig wurde mit Griechenland vereinbart, dass Privatisierungserlöse von bis zu 15 Milliarden Euro zur Reduzierung der Schulden und damit zur Entlastung der EFSF eingesetzt werden. Den zusätzlichen Finanzbedarf Griechenlands trägt nun weitgehend der Privatsektor. Damit wurde sichergestellt, dass die Finanzmittel der EFSF für weitere Rettungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Möglich wurde diese Einigung nicht zuletzt durch ein entschiedenes Auftreten der Eurostaaten: Man habe dieses Angebot dem Privatsektor als definitiv letztes Wort vorgelegt – so Bundeskanzlerin Merkel am Rande des Eurogipfels. Damit stand implizit die Androhung eines kompletten Kreditausfalls im Raum. Es bleibt abzuwarten, ob die betroffenen Finanzinstitute den mit dem IWF verabredeten Schuldenschnitt tatsächlich akzeptieren werden. Bis Ende des Jahres müssen nun die Details zum zweiten Anpassungsprogramm unter Einschluss des Privatsektors vereinbart werden. Im Januar 2012 soll der Schuldenschnitt dann durch Anleihtausch mit Abschlägen durchgeführt werden. Der Gipfelbeschluss gilt darüber hinaus als eine Voraussetzung für die bis Mitte November geplante Auszahlung der nächsten Tranche aus dem laufenden Hilfsprogramm. Es fehlt noch die Zustimmung des IWF.

Ferner diskutierten die Staats- und Regierungschefs, wie die Umsetzung des Spar- und Reformprogramms in Griechenland besser überwacht werden kann. In der Vergangenheit führte die Troika alle drei Monate Missionen durch und blieb dabei zu häufig einen Schritt hinter den wirtschaftlichen Entwicklungen in Griechenland zurück. Dies führte zur Politisierung von Entscheidungen über die Auszahlungen von Finanzhilfen und damit zu Verunsicherung an den Märkten. Vor diesem Hintergrund forderte insbesondere die Bundesregierung mehr Kontinuität und Intensität der Troika-Missionen. Dem gegenüber stand die Sorge hilfsbedürftiger Staaten, weiter an Souveränität einzubüßen. Der Gipfelbeschluss sieht für die Laufzeit des Programms die Einrichtung einer zusätzlichen permanenten Überwachungskapazität vor Ort vor, an der auch nationale Experten beteiligt werden sollen. Es wird jedoch betont, dass die Verantwortung für die Implementierung der Reformen bei Griechenland verbleibt.

Es ging auch darum, eine Ausweitung der Staatsschuldenkrise in Folge des Schuldenschnitts zu verhindern. Im Mittelpunkt stand die **Stärkung des aktuellen Rettungsschirms, der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF)**. Trotz eines Gesamt-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
JOSCHA RITZ  
OLAF WIENZKE

**27. Oktober 2011**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

volumens von 780 Milliarden Euro und einer effektiven Kreditkapazität von 440 Milliarden Euro gilt die EFSF weiterhin als zu schwach, um im Krisenfall auch die Finanzierung Spaniens und Italiens glaubwürdig sicherzustellen. Eine erneute Aufstockung des EFSF-Volumens war andererseits politisch nicht durchsetzbar. Insbesondere Frankreich fürchtet, im Falle weiterer Belastungen sein Triple-A-Rating zu verlieren. Dies hätte eine Kettenreaktion zur Folge: Die EFSF könnte ihr Triple-A-Rating verlieren, die Rettung hilfsbedürftiger Eurostaaten würde sich verteuern.

Es galt Alternativen zu finden. Der Fokus der Diskussion im Vorfeld der Gipfeltreffen lag auf der Maximierung der Effektivität der EFSF durch Hebelung der bestehenden Finanzmittel. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen im Grundsatz die Ausarbeitung dreier sich ergänzender Mechanismen.

- Erstens: Die EFSF sichert die Begebung neuer Staatsanleihen partiell ab. Dadurch soll die Nachfrage steigen und die Risikoaufschläge sinken.
- Zweitens: Die EFSF setzt Zweckgesellschaften (sog. „Special Purpose Investment Vehicle“, SPIV) mit Kapital privater und öffentlicher Investoren zur Unterstützung von EFSF-Maßnahmen ein. Erste Verluste würden durch die EFSF getragen.
- Drittens: Schließlich soll eruiert werden, inwiefern unter dem Dach des IWF eine weitere Stärkung der EFSF organisiert werden kann.

Die Eurogruppe wird im November in Abstimmung mit Marktteilnehmern und Ratingagenturen die ersten beiden Mechanismen konkret ausgestalten. Dann wird zu diskutieren sein, welcher Teil des EFSF-Gesamtvolumens zur Hebelung eingesetzt wird. Bereits vor Beginn der Gipfeltreffen war der Vorschlag Frankreichs vom Tisch, der EFSF unbegrenzt Zugang zur Liquidität der EZB zu geben. Dagegen sprach insbesondere, dass sich diese Option aufgrund rechtlicher Schwierigkeiten nicht schnell genug implementieren lässt. Zudem sahen EZB und Bundesregierung die Unabhängigkeit der EZB in Gefahr. Der neue EZB-Chef Mario Draghi kündigte derweil bereits an, die EZB werde ihre außergewöhnlichen

Maßnahmen fortsetzen – dazu zählen auch die Anleihekäufe bedrängter Staaten.

Weiterer Punkt: Die Stabilisierung des **europäischen Bankensystems**. Zuletzt waren primär französische Banken unter Druck geraten, da sie in besonderem Maße Staatsanleihen bedrängter Eurostaaten halten. Vor diesem Hintergrund stimmten die EU-Staats- und Regierungschefs einen europäischen Rahmen zur Rekapitalisierung der ca. 50 potentiell systemischen europäischen Banken ab. Konkret soll die harte Eigenkapitalquote bis Mitte 2012 auf 9% steigen. Bilanzierte Staatsanleihen valutieren mit Wertstellung vom 30. September 2011. Die Aufsichtsbehörden sollen sicherstellen, dass negative Auswirkungen insbesondere auf die Kreditversorgung der Realwirtschaft ausbleiben. Die Auszahlung von Dividenden und Boni soll bis zur Erreichung der Eigenkapitalquote eingeschränkt werden. Für die Finanzierung der Kapitalerhöhung soll folgende von der Bundesregierung geforderte Abfolge gelten: In einem ersten Schritt sollen die Banken versuchen, selbst Kapital am Markt aufzunehmen. Gelingt dies nicht, ist es Aufgabe des jeweiligen Mitgliedstaates, Kapital zur Verfügung zu stellen. Darlehen der EFSF stehen demnach nur als letzte Option und gegen Auflagen zur Verfügung. Es ist fraglich, ob angeschlagene Banken in bedrängten Eurostaaten ohne Hilfe der EFSF auskommen werden.

Zudem diskutierten die Staats- und Regierungschefs verstärkte **Eigenanstrengungen finanziell angeschlagener Eurostaaten**. Ziel war die Aufrechterhaltung des Spar- und Reformdrucks trotz der entlastenden Gipfelbeschlüsse. Im Fokus stand dabei Italien. Auf Druck der Staats- und Regierungschefs sowie der Märkte verpflichtete sich die Regierung Berlusconi in einem Brief an den Präsidenten des Europäischen Rats, Van Rompuy, und Kommissionspräsident Barroso zu ehrgeizigen haushaltspolitischen Zielen. So soll der Gesamtschuldenstand bis 2014 auf 113% des BIP reduziert werden. Zu den geplanten Reformen zählt u.a. eine innerhalb der Regierungskoalition besonders umstrittene Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis 2026. Die Kommission wird die Implementierung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD

JOSCHA RITZ

OLAF WIENTZEK

**27.Oktober 2011**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

der Maßnahmen überwachen. Diese Zugeständnisse Italiens waren eine Voraussetzung für den Gesamterfolg der Gipfeltreffen.

Die richtige Balance zwischen Sanierung der Staatsfinanzen und der **Wachstumsförderung** war bereits Diskussionsthema auf der Tagung der EU-Staats- und Regierungschefs am 23. Oktober. Im Vorfeld des Gipfeltreffens hatten die Regierungen der Niederlande, Finnlands und Schwedens einen gemeinsamen Brief an Van Rompuy und Barroso gerichtet, in dem sie eine ambitionierte Wachstumsagenda einfordern. Unterstützung kam von Belgien, Griechenland und Großbritannien. Die Bundesregierung betonte hingegen v.a. die Bedeutung der Haushaltskonsolidierung. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich für eine verstärkte Nutzung des Wachstumspotentials des Binnenmarkts aus. Zudem forderten sie, auch die externe Dimension des Binnenmarkts – insbesondere die EU-Handelspolitik – verstärkt zur Wachstumsförderung zu nutzen. Dieser Forderung kommt vor dem Hintergrund der Verhandlungen über verschiedene Handelsabkommen (z. B. mit Indien und den Mercosur-Staaten) erhebliche Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund düsterer Wachstumsprognosen für die EU 2012 ist damit zu rechnen, dass das Thema „Wachstumsförderung“ auf der Agenda des Europäischen Rats bleiben wird.

Ein kurzes Wort zu Großbritannien: Zwar wird der britische Premier Cameron nicht müde die Rolle seiner Regierung im Rahmen der Gipfel zu betonen. Tatsächlich ist diese aber zu vernachlässigen. Ähnliches gilt für Schweden. Das politische Brüssel arbeitet in den Kernfragen bereits heute ohne die Staaten, die auf eigenen Wunsch nicht Mitglieder der Eurozone sind. Neben Großbritannien, Schweden und Dänemark betrifft das auch die Tschechische Republik.

**2. Über das Krisenmanagement hinaus: Stärkung der Eurozonengovernance**

Schließlich eröffneten die Staats- und Regierungschefs die Diskussion über eine **Stärkung der wirtschafts- und finanz-**

**politischen Koordinierung** und der Steuerung der Eurozone. In diesem Zusammenhang verpflichteten sie sich – über die bereits verabschiedete Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts hinaus – zu weiteren Maßnahmen. Darunter fällt insbesondere die Verankerung einer Schuldenbremse in allen Mitgliedstaaten bis Ende 2012 – vorzugsweise in der Verfassung oder vergleichbaren Rechtstexten. Damit wird die Sprache im Vergleich zum Euro-Plus-Pakt verschärft. Im Pakt wird den Eurostaaten mehr Spielraum bei der Ausgestaltung gelassen und es wird kein Enddatum für die Implementierung gesetzt. Die Kommission überwacht künftig Defizitsünder im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts intensiver. Sie ist insbesondere vor der Verabschiedung nationaler Haushaltsgesetze zur Stellungnahme berechtigt.

Ratspräsident Van Rompuy legte einen Maßnahmenkatalog zur **Stärkung der Eurozonengovernance** vor. Diese Vorschläge nahmen die Gipfelteilnehmer an. Beschlossen wurde die Stärkung der Kontinuität der Arbeit der politischen und administrativen Gremien. Künftig werden mindestens zwei Eurogipfel jährlich stattfinden. Ein Präsident des Euro-Gipfels wird durch die Staats- und Regierungschefs der Eurozone für zweieinhalb Jahre und zum gleichen Zeitpunkt wie der Präsident des Europäischen Rats. Vorübergehend werden die Eurogipfel durch Van Rompuy geleitet, der mindestens noch bis Ende Mai 2012 amtiert. Ob der künftige Chef der Eurogruppe ebenfalls permanent in Brüssel stationiert sein oder weiterhin aus dem Kreis der Eurofinanzminister stammen soll, wird im Juli 2012 entschieden, wenn das Mandat des aktuellen Chefs der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, abläuft. In jedem Fall soll die Arbeitsgruppe „Euro-Gruppe“ ebenfalls einen permanenten Vorsitz erhalten. Zudem soll nicht zuletzt die wirtschafts- und finanzpolitische Expertise durch eine Stärkung weiterer administrativer Strukturen gewährleistet werden – eine dringend benötigte Maßnahme. Ferner ist vorgesehen, dass die Befehls-, Berichts- und Kommunikationsstrukturen gestrafft werden. Die Kommunikation zur Eurozone soll dadurch verbessert werden, dass es einzig dem Prä-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
JOSCHA RITZ  
OLAF WIENZKE

**27. Oktober 2011**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

sidenten des Eurogipfels und der Kommission obliegt, Eurogipfel zu kommentieren. Für die Kommunikation zur Eurogruppe sind hingegen ausschließlich der Chef der Eurogruppe und der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung zuständig. Schließlich soll die Abstimmung mit den EU-Organen vertieft werden. So ist es Aufgabe des Präsidenten des Eurogipfels, die Abstimmung u.a. mit den zehn EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen, deren Währung nicht der Euro ist. Mindestens einmal im Monat sollen der Präsident des Eurogipfels, der Chef der Eurogruppe und der Kommissionspräsident zusammentreffen – der EZB-Präsident und der Vorsitzende des Rettungsschirms können hinzugeladen werden.

Die Staats- und Regierungschefs beauftragten Van Rompuy mit der Ausarbeitung eines Berichts über weitere Schritte zur Stärkung der Wirtschaftsunion bis zur Tagung des Europäischen Rats im Dezember. Ziel: Stärkung wirtschaftlicher Konvergenz und Haushaltsdisziplin. Wichtig: Auch die Möglichkeit einer begrenzten **Vertragsänderung** wird Gegenstand der Erörterungen sein. Die Bundesregierung hatte sich im Vorfeld der Gipfeltreffen mit Nachdruck für eine Vertragsänderung ausgesprochen. Es gilt die Krise als Chance zu nutzen um die Konstruktionsfehler zu beseitigen, wie Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Regierungserklärung betonte. Im Fokus: Die Etablierung automatischer Sanktionen bei Verletzung der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Defizitsünder sollen durch Kommission oder Mitgliedstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden können. Ferner soll der Posten eines „Stabilitätskommissars“ geschaffen werden. Dieser erhält Durchgriffsrechte; zumindest hinsichtlich der Verwendung von EU-Fördergeldern. Da die Vertragsänderungen nur für die Eurozone gelten sollen, könnten Referenden (beispielsweise in Großbritannien) vermieden werden. Es ist derweil nicht ausgemacht, dass es zu einer Vertragsänderung im Sinne der Bundesregierung kommen wird. Sowohl Nicht-Euro-Staaten als auch Eurostaaten wie die Niederlande oder Finnland und die Kommission warnen vor einer Spaltung zwischen Eurozone und EU. In diesem Zusammenhang hat die nieder-

ländische Regierung deutlich gemacht, dass sie – im Gegensatz insbesondere zu Frankreich – die Kommission als die „Wirtschaftsregierung“ betrachtet. Die Bundeskanzlerin wies hingegen darauf hin, dass eine Änderung der EU-Verträge gerade der Weg sei um ein neues Vertragswerk der Eurozone außerhalb der bestehenden Verträge zu verhindern. Insgesamt dürfte langfristig die zunehmende Ausgrenzung der Nicht-Euro-Staaten weniger ein Problem für diejenigen sein, die wie Polen einen Eurozonenbeitritt anstreben, als für Staaten wie Großbritannien, die einen Beitritt zur Eurozone ausschließen. Darüber hinaus fordern Teile des Europäischen Parlaments bereits weiterführende Integrationsschritte. In Großbritannien diskutiert man die Möglichkeit der Rückführung von EU-Kompetenzen auf die nationale Ebene. Vor diesem Hintergrund sind kontroverse Diskussionen auf den Zwischenbericht Van Rompuys im Dezember 2011 und den Abschlussbericht im März 2012 zu erwarten.

### **3. Vorbereitung auf G20-Gipfel in Cannes**

Ferner auf der Agenda: die Vorbereitung des G20 Gipfels in Cannes am 3.-4. November. Es gilt Fortschritte bei der EU-internen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Regulierung der Finanzmärkte auch auf internationaler Ebene umzusetzen.

Kein Durchbruch beim Thema Finanztransaktionssteuer: Während insbesondere Österreich, Deutschland und Frankreich sich für eine solche Steuer einsetzen, stehen ihr Großbritannien und Tschechien kritisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund wird es schwierig werden, auf internationaler Ebene wichtige Fortschritte zu erzielen.

### **4. EU-Mandat für Durban**

Bereits am 23. Oktober unterstützten die Staats- und Regierungschefs das vom Ministerrat ausgearbeitete EU-Mandat für die UN-Klimakonferenz in Durban im November/Dezember 2011. Im Vorfeld hatten sich ins-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
JOSCHA RITZ  
OLAF WIENTZEK

**27. Oktober 2011**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

besondere Luxemburg, Schweden und Österreich für ehrgeizigere Klimaziele ausgesprochen. Polen, Italien und Rumänien waren dagegen nicht bereit, über den Text des Umweltministerrates hinauszugehen. Kernpunkt des Mandates ist, die Verlängerung der Verpflichtungsperiode nach dem Kyoto-Protokoll. Voraussetzung ist v.a., dass die Verhandlungen für ein umfassendes, rechtlich verbindliches Abkommen zügig aufgenommen werden. Derweil ist es unwahrscheinlich, dass in Durban ein Durchbruch gelingt. Die USA sowie zahlreiche Schwellenländer sind weiterhin nicht zu umfassenden Zugeständnissen bereit.

**5. Bekräftigung des Kurses im Bereich der Außenpolitik**

Der Gipfel bekräftigte die im Rahmen des letzten Außenministertreffens eingeschlagenen Marschrouten: Vor dem Hintergrund der anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen wird gegenüber Iran und Syrien eine härtere Gangart angekündigt. Die EU-Außenminister werden zur Verschärfung der Sanktionen ermächtigt, sollte sich der Iran in den Gesprächen über sein Nuklear- und Raketenprogramm nicht konstruktiver zeigen und die Menschenrechtsverletzungen fortgesetzt werden. Von einer raschen Rückkehr Irans zu den Verhandlungen im E3+3-Format ist derzeit nicht auszugehen. Auch gegenüber Syrien sollen die Sanktionen verschärft werden: Bereits in den vergangenen Wochen hatte die EU das Strafmaß (Visaverbote, Investitionsstopps) trotz der gescheiterten Verurteilung Syriens im UN-Sicherheitsrat sukzessive ausgeweitet. Präsident Assad wird zum Rücktritt aufgerufen. Die EU begrüßt die Einigung der Opposition im syrischen Nationalrat. Eine offizielle Anerkennung des Nationalrats steht allerdings noch nicht auf der Tagesordnung.

Die Staats- und Regierungschefs unterstützen die Transformationsprozesse in der Europäischen Nachbarschaft. Sie begrüßten das Abhalten der Wahlen in Tunesien. Eine vom deutschen EVP-Abgeordneten Michael Gahler geleitete EU-Wahlbeobachtungsmission erteilte im Gro-

ßen und Ganzen am Mittwoch gute Noten. Am Beispiel Tunesiens kristallisiert sich nun heraus, wie die angekündigte engere Partnerschaft mit den südlichen Nachbarn ausgestaltet werden soll: Die EU-Tunesien-Task Force traf sich am 28./29. September zu ersten Gesprächen über den Abschluss einer neuen privilegierten Partnerschaft und einem umfassenden Freihandelsabkommen. Gegenüber Ägypten mahnten die Staats- und Regierungschefs nach den Ausschreitungen gegen koptische Christen Anfang Oktober die Wahrung der Meinungsfreiheit und den Schutz religiöser Minderheiten an. Im Hinblick auf Libyen bekräftigte der Europäische Rat die Bereitschaft, den Aufbau und den Demokratisierungsprozess des Landes zu unterstützen.

Zudem betonten die Staats- und Regierungschefs erneut die Bedeutung der Mittelmeerunion. Eine Ende September einberufene hochrangige Expertengruppe untersucht, wie dieses bislang brach liegende Projekt mit Leben erfüllt werden kann.

Darüber hinaus begrüßte man die Ergebnisse des zweiten Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft am 29./30. September in Warschau, einem Prestigeprojekt der polnischen Ratspräsidentschaft. Gleichwohl gibt es grundlegende Divergenzen hinsichtlich der Ziele des Projektes. Insbesondere Deutschland und Frankreich stellen sich gegen die von vielen mittelosteuropäischen Staaten gewünschte Konkretisierung einer möglichen Beitrittsperspektive. Uneins sind sich Staats- und Regierungschefs auch über die Haltung gegenüber Belarus, das am Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft nicht teilnahm. Daher bleibt abzuwarten, wie der im Frühjahr formulierte Anspruch, die politische Konditionalität im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu stärken, umgesetzt wird. Immerhin kündigten die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin an, bis Ende des Jahres eine Roadmap vorzustellen. Diese soll konkrete Ziele, Instrumente und Projekte bis zum nächsten Gipfel 2013 definieren.